

Die Herausbildung der Einheitsgewerk- schaften – eine der wichtigsten Errungen- schaften der Arbeiter- bewegung unseres Landes

„Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung die Kommunisten nach der Befreiung vom Faschismus wesentlich beteiligt waren und in denen sie stets aktiv mitarbeiten, stellen eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik dar. Ihre Existenz und ihr Wirken waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse unseres Landes bedeutende soziale und demokratische Errungenschaften durchsetzen und behaupten konnte“ (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei).

**Studienmaterial für das 3. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1981/82**

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Literaturangaben

DKP und Gewerkschaften

2. Auflage, Neuss 1981

Aussagen der DKP zu den Einheitsgewerkschaften

hrsg. vom Parteivorstand der DKP

2., erweiterte Auflage, Neuss 1981

DGB wohin?

Hrsg. IMSF

2. Auflage, Nachrichten Verlag, 1980

Deppe / Fülberth / Harrer u. a.

Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Pahl-Rugenstein Verlag

Dieter Fricke

Kleine Geschichte des Ersten Mai

Verlag Marxistische Blätter, 1980

Seminarfragen:

1. Welche Erfahrungen führten zum Eintreten für einheitliche Gewerkschaften?
2. Welchen Beitrag leisteten die Kommunisten zur Entstehung der Einheitsgewerkschaften?
3. Warum ist die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung noch nicht die ganze Gewerkschaftseinheit?

Die Herausbildung der Einheitsgewerkschaften – eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung unseres Landes

Einleitung

„Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung die Kommunisten nach der Befreiung vom Faschismus wesentlich beteiligt waren und in denen sie stets aktiv mitarbeiten, stellen eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik dar. Ihre Existenz und ihr Wirken waren eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse unseres Landes bedeutende soziale und demokratische Errungenschaften durchsetzen und behaupten konnte“ (Programm der Deutschen Kommunistischen Partei).

Die Einheitsgewerkschaften waren und sind der Reaktion ein Dorn im Auge. Seit ihrem Bestehen gab es immer wieder Versuche, die Einheit der DGB-Gewerkschaften zu zerschlagen oder zumindest entscheidend zu schwächen. Das gilt für das Bemühen, Teile der Angestellten von den einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und Angestellten fernzuhalten und auf Sonderorganisationen, wie die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, zu orientieren oder für den Versuch bestimmter, der CDU nahestehender Kreise, in den fünfziger Jahren den DGB durch sogenannte christliche Gewerkschaften direkt zu spalten. Seit dem Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat es auch nicht an Versuchen gefehlt, die DGB-Gewerkschaften von innen heraus zu schwächen, ihre Autonomie, ihre Grundorientierung auf die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Frage zu stellen und insbesondere kommunistische und andere fortschrittliche Kräfte ins Abseits zu drängen. Das ist auch heute nicht anders. In seinen „Klarstellungen zum Buch ‚Der Marsch der DKP durch die Institutionen‘“ fragt der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies: „Was soll denn der Versuch, die Kommunisten aus der ‚Traditionslinie‘ der Gewerkschaften zu verbannen und dies in einem Augenblick, da auf die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft alles andere zukommt, als eine angebliche ‚kommunistische Gefahr‘. Was soll es, wenn man wider besseres Wissen und Gewissen und wider die geschichtliche Wahrheit einen positiven Beitrag von uns Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft und ihrer Festigung leugnet?“ (Herbert Mies: DKP und Gewerkschaften, Neuss 1981, S. 5)

Wenn wir uns in diesem Bildungsheft mit der Herausbildung der Einheitsgewerkschaften beschäftigen, geht es also nicht nur um die Vermittlung historischer Tatsachen, sondern auch um einen Beitrag zu aktuellen Fragen des ideologischen Klassenkampfes.

I. Welche Erfahrungen führten zum Eintreten für einheitliche Gewerkschaften? Welche Grundgedanken lagen dem Einheitsstreben zugrunde?

Erfahrungen der Geschichte

Es waren Erfahrungen der Geschichte, die nach den Jahren der faschistischen Herrschaft für alle Strömungen in der Arbeiterbewegung nur einen Schluß zuließen: Die neuen Gewerkschaften müssen als einheitliche und kampfstärke Organisation entstehen. Nach den Opfern des antifaschistischen Kampfes, nach den Millionen Toten des zweiten Weltkrieges und angesichts der großen Verantwortung der Arbeiterklasse für die Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus und Militarismus wurde die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zur zwingenden Notwendigkeit. Dazu sagte der damalige langjährige Vorsitzende der ÖTV, Kummernuß, auf der ÖTV-Jugendkonferenz im April 1964: „Mit der Gewerkschaftsbewegung ging es am 1. Mai 1933 zu Ende . . . Viele Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, kamen in KZs und Zuchthäuser. In der Weimarer Zeit gab es bis zu hundert Gewerkschaften. In den KZs haben wir uns lange unterhalten und waren uns einig, wenn wir mit dem Leben davonkommen, wenn wir hier herauskommen und eine andere Zeit beginnt, dann müssen wir alles daransetzen und eine Einheitsgewerkschaft schaffen. Denn nur eine Einheitsgewerkschaft kann verhindern, daß es wieder zu KZs kommt . . .“ (DGB wohin? Dokumente zur Programm-Diskussion, Frankfurt am Main 1980, S. 176)

Dieser Wille zur Einheit unter den Arbeitern und Angestellten war es, der den DGB im Oktober 1949 nach manchen Schwierigkeiten und Verzögerungen entstehen ließ. Er wurde von Anhängern aller maßgeblichen antifaschistisch-demokratischen Strömungen in der Arbeiterbewegung gegründet.

Für antifaschistisch-demokratische Umgestaltung

Neben dem Willen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten – Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen – in einer Organisation war auch die Bereitschaft der Gewerkschafter allgemein, aktiv an einer antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung mitzuwirken. Alle vor dem DGB neu entstandenen einheitlichen regionalen Gewerkschaftsorganisationen forderten in ihren Programmen, Satzungen oder Grundsätzen die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und die Entmachtung der Monopolherren. So hieß es im Artikel 5 der Grundsätze des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen: „Die Grundhaltung ist antifaschistisch und antimilitaristisch“. Eine Betriebsrätetagung der Industriegruppe Bergbau des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen verlangte im März 1946: „Das gesamte öffentliche und Wirtschaftsleben ist von Kriegsschuldigen und Reaktionären zu säubern; befähigte Werk tätige sind systematisch zu schulen, um die Entlassenen ersetzen zu können. Kartelle, Latifundien und Großbanken sind zu liquidieren . . .“ (Deutsche Volkszeitung [Berlin], 24. März 1946)

Die Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone beschloß im August 1946: „Die unheilvolle Rolle, welche die privaten Monopole der Wirt-

schaft in der Vergangenheit gespielt haben, verlangt in der zukünftigen Wirtschaft ihre Beseitigung, wie es zugleich die Potsdamer Beschlüsse fordern". (Protokoll der Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 21.-23. August 1946 in Bielefeld, S. 23)

Der erste Kongreß des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden im August/September 1946 erklärte: „Die Gewerkschaften kämpfen für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Ihr Endziel ist eine sozialistische Wirtschaft“. (Gewerkschaftszeitung [München], 20. September 1946)

Kennzeichnend für die Situation bei der Neugründung der Gewerkschaften nach 1945 war also einmal die antifaschistische Orientierung der Gewerkschaften und zum anderen die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nur in Einheit die gewaltigen Aufgaben lösen kann.

①
②

Daß 1945 alle Gewerkschafter zur Einheit drängten, mußte selbst der spätere CDU-Minister Jakob Kaiser, der damals eine Rolle in den Gewerkschaften spielte, zugeben. Er schrieb in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“: „Nach Kriegsende hatte sich der Zusammenschluß der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu einer Einheitsgewerkschaft sozusagen spontan vollzogen. Hinter diesem Zusammenschluß stand durchaus nicht als treibende Kraft der Wille der Besatzungsmächte – auch nicht jener der Sowjetunion –, wie es dieser oder jener in allzu durchsichtiger Weise heute darstellen möchte, sondern der Entschluß verantwortlicher gewerkschaftlicher Kreise selbst“. (Nr. 1/1956, S. 1)

Über die Situation des Jahres 1945 schrieb später der langjährige Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner: „Die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur hatten alle Gewerkschafter zwei Dinge gelehrt: Erstens: Jede Spaltung in parteipolitische und konfessionelle Richtungen schwächt die Gewerkschaften und damit die Kraft der Arbeitnehmer. Nur der solidarische Zusammenschluß aller Arbeitnehmer in einer großen, einheitlichen Organisation kann die Interessen und Rechte der arbeitenden Menschen mit Erfolg wahren. Darum treten wir für die Erhaltung und Festigung der Einheitsgewerkschaft ein. Zweitens: Wenn die Demokratie gesichert sein soll, muß sie sozial verankert werden. So erwächst den Gewerkschaften immer wieder die Aufgabe, für eine demokratische Umgestaltung der gesellschaftlichen Struktur in allen Bereichen einzutreten.“ (Otto Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt am Main 1966, S. 64/65)

Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft hat also seinen tiefsten Grund in der gemeinsamen Erfahrung mit Faschismus und Krieg, in den Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes.

Gemeinsame Erfahrung mit Faschismus und Krieg

Es gab und gibt Versuche, den Gedanken der Einheitsgewerkschaft vom antifaschistischen Kampf gewissermaßen abzutrennen, das Streben nach einheitlicher Organisation von seinem politischen Inhalt zu lösen. So sind Gegner der Gewerkschaften und auch Kräfte innerhalb der Gewerkschaften bemüht, die Wurzeln der Einheitsgewerkschaften vom antifaschistischen Kampf abzutrennen. Am Ende der Weimarer Republik und zu Beginn des Faschismus gab es Versuche der ADGB-Gewerkschaften, der Hirsch-Dunckerschen und der Christlichen Ge-

Blüm!

werkschaften, die Gewerkschaften organisatorisch zu vereinheitlichen, dabei auf den Klassenkampf zu verzichten und so die Gewerkschaften zu bloß berufsständischen Organisationen zu machen. In Veröffentlichungen vor allem der Unternehmerverbände und der CDU können wir immer wieder lesen, daß das die eigentlichen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft seien. Otto Brenner sagte über diese damaligen Versuche: „... Die Versuche einiger Gewerkschaftsführer zwischen Januar und Mai 1933, durch Anpassung an das Regime die Organisationen zu retten und vor der Auflösung zu bewahren, (konnten) keinen Erfolg haben“. (Otto Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt am Main 1966, S. 62)

Es war vielmehr, wie der sozialdemokratische Historiker Hans Mommsen in der Festschrift zum 100. Geburtstag von Hans Böckler schreibt, das „Konzept einer ordnungsstiftenden nationalen Einheitsgewerkschaft, die auf das Mittel des Klassenkampfes verzichtet, betont anti-kommunistisch... Die hierin enthaltene Überschätzung des Prinzips bloßer Organisation und der Glaube an die einheitsstiftende Kraft des nationalen Gedankens, zu der man sich nun ausdrücklich bekannte, hat dann der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik in die Hände gespielt.“ (Hans Mommsen, Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, hrsg. von Oskar Vetter, Köln 1975, S. 290)

Im Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Besatzungszone wird über diese Zeit festgestellt: „Trotz der Vernichtung der Gewerkschaften im Mai 1933 und trotz der Tatsache, daß die damals tätigen Gewerkschaftsfunktionäre fast ausnahmslos in Gefängnissen, Zuchthäusern oder Konzentrationslagern längere oder kürzere Zeit eingesperrt worden waren, war der gewerkschaftliche Zusammenhalt niemals ganz zerstört gewesen. Dieser Zusammenhalt hat immer wieder dazu geführt, die Hoffnung auf die Möglichkeit eines Neuaufbaus der Gewerkschaftsbewegung zu stärken.“

Gewerkschaftlicher Zusammenhalt niemals ganz zerstört

Dabei waren sich alle Gewerkschaftsfunktionäre darüber klar, daß die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht eine bloße Fortsetzung der bis 1933 bestandenen Gewerkschaftsbewegung sein durfte. Alle Gewerkschaftsfunktionäre waren bei Beginn des Neuaufbaus von der einmütigen Auffassung beseelt, aus den Erfahrungen, Fehlern und Unterlassungen der Vergangenheit zu lernen und entsprechend den veränderten Gesamtverhältnissen eine neue einheitliche Gewerkschaftsbewegung schaffen zu wollen. Beim Zusammenbruch und auch in den nachfolgenden Monaten waren so gut wie keine Verbindungsmöglichkeiten mit der Nachbarstadt oder dem Nachbarort vorhanden. Die Tatsache, daß trotzdem überall in einheitlicher Weise versucht wurde, die Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, ist darum von ganz besonderer Bedeutung. Sie zeigt, daß sich die Funktionäre mit dem Problem Neubildung der Gewerkschaften nicht nur eingehend befaßt, sondern auch überall die gleichen Erkenntnisse aus der Geschichte der Gewerkschaften vor 1933 gewonnen und dementsprechend auch die richtigen Schlußfolgerungen für die zukünftige Gestaltung der Gewerkschaftsbewegung gezogen hatten.

Diese neue Bewegung erfüllte das Sehnen all jener Menschen, die in der Zeit der Verfolgung über alles Trennende hinweg die Schaffung einer neuen Gewerkschaftsbewegung, frei von parteipolitischen, weltan-

schaulichen, konfessionellen und beruflichen Bindungen, vorbereitet hatten.“ (Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone, Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschafts-Bundes [britische Besatzungszone], 1947-49, Bund-Verlag Köln, o. J., S. 9-10)

Wenn sich auch die Gewerkschafter überall darin einig waren, daß eine wesentliche Ursache für die Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 ihre organisatorische Zersplitterung gewesen war und im Unterschied zu den Richtungs- und Berufsgewerkschaften der Weimarer Republik nun eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden müsse, gab es jedoch über die Organisationsform unterschiedliche Vorstellungen. Dabei standen sich die Vorstellungen von einer **zentralen** und von einer **föderativen Einheitsgewerkschaft** gegenüber. Worum ging es? In der Organisationsform der zentralen Einheitsgewerkschaft sollten die Industriegewerkschaften nur Abteilungen der Einheitsorganisation sein. Die Mitglieder sollten direkt in die Einheitsgewerkschaft aufgenommen werden. Dagegen hatte das Prinzip der föderativen Einheitsgewerkschaft den Gedanken des Zusammenschlusses autonomer Industrie-Gewerkschaftsverbände in einem Dachverband zum Inhalt. In den meisten Orten entschieden sich die Gewerkschafter am Anfang für den Aufbau zentraler Einheitsgewerkschaften, in dem Bemühen, den Gedanken des einheitlichen politischen Handelns noch stärker zum Tragen zu bringen.

Unterschiedliche Vorstellungen über Organisationsformen

Diesen Plänen setzten jedoch die Besatzungsmächte in den westlichen Besatzungszonen alle möglichen Hindernisse in den Weg. Was die westlichen Besatzungsmächte mit ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaften bezweckten, geht aus der Äußerung des Oberbefehlshabers der britischen Truppen in Deutschland, Marschall Montgomery, hervor: „Die Russen unterstützten die Gewerkschaften. Ich beschloß, das nicht zu tun; ich war zwar sehr dafür, daß sie langsam, den Verhältnissen entsprechend, wachsen sollten, aber dagegen, daß sie ‚forciert‘ wurden. Dadurch hoffte ich zu erreichen, daß im Laufe der Zeit aus ihren eigenen Reihen die richtigen Leute an die Spitze kamen. Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß die Gewerkschaften in falsche Hände gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden.“ (Marschall Montgomery, Memoiren, München o. J., S. 428)

Westliche Besatzungsmächte behindern Gewerkschaftseinheit

Die zentrale Einheitsgewerkschaft wurde als „kommunistischen Zielen entsprechend(e)“ Organisationsform bezeichnet. (L. D. Clay, Entscheidungen in Deutschland, Frankfurt am Main 1950, S. 323)

Während die sowjetische Besatzungsmacht den demokratischen Kräften volle Unterstützung gewährte, um sie zu befähigen, die antifaschistisch-demokratische Entwicklung Deutschlands selbst zu gestalten, wurde in den westlichen Besatzungszonen die Initiative der gewerkschaftlichen Kräfte gehemmt und auch unterdrückt. Lange Zeit verhinderten die westlichen Besatzungsmächte die Verbindung der Gewerkschaften untereinander und unterbanden alle Bestrebungen zu ihrer zentralen Vereinigung. Sie begründeten diese systematische Politik zur Zersplitterung der Gewerkschaften mit der verlogenen Phrase, diese müßten sich demokratisch, von unten entwickeln. Durch Verbote, Isolierung und Entfernung konsequenter Funktionäre, Einbau bürokratischer Hemmnisse und ideologische Beeinflussung hemmten sie gewissermaßen den revolutionären Elan in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft. Sie erreichten, daß die Begeisterung, die die Arbeiter für die Gewerkschaftsarbeit erfaßt hatte, „zum größten Teil zusam-

mengebrochen ist in dem Trommelfeuer der Verordnungen der Besatzungsbehörden“, wie das Mitglied des Gewerkschaftlichen Zonensekretariats der britischen Besatzungszone, Hans Böhm, auf der Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone im August 1946 erklärte (Protokoll der Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 21.–23. August 1946 in Bielefeld, S. 51).

Während so die westlichen Besatzungsmächte einerseits den schnellen Aufbau einer konsequenten, schlagkräftigen Gewerkschaftsorganisation verhinderten, verschafften sie andererseits den kapitalistischen Kräften Zeit, sich zu sammeln. Parallel damit verfolgten sie systematisch und mit den verschiedensten Mitteln das Ziel, die westdeutschen Gewerkschaften von dem eingeschlagenen Kurs des Kampfes für eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung abzubringen.

Das lief aber nicht reibungslos ab. Die Gewerkschafter aller Zonen verlangten immer dringender von ihren Leitungen die Zusammenarbeit und Vereinigung der Gewerkschaften über die Zonengrenzen hinweg. Als es Ende 1946 zu **Interzonenkonferenzen** der deutschen Gewerkschaften kam, erfuhren diese die aktive Unterstützung der Gewerkschafter aller vier Zonen. Die Arbeiter und Gewerkschafter erblickten in den Interzonenkonferenzen einen wichtigen Beitrag, um den in den Westzonen eingetretenen Tempoverlust einzuholen und durch Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte die drohende Restauration (Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse) in den Westzonen zu verhindern und antifaschistisch-demokratische Veränderungen durchzusetzen.

Über den Aufbau der deutschen Gewerkschaften sagt eine Entschliebung der 3. Interzonenkonferenz vom Februar 1947: „Die Sehnsucht der arbeitenden Massen äußert sich immer wieder in dem Willen nach einer starken Gewerkschaftsbewegung, die unter dem Gesetz religiöser Toleranz und parteipolitischer Neutralität steht. Die neuen Gewerkschaften werden ihre organisatorischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie der Wirtschaft und dem Staat gegenüber als ein unabhängiges Ganzes auftreten.“ (Albert Behrendt, Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, Berlin 1959, S. 201)

Die Interzonenkonferenzen sind ein weiterer Beweis dafür, wie stark in der deutschen Arbeiterklasse der Wunsch nach Einheit und der Wille zu demokratischen, antifaschistischen Veränderungen war. Das deutsche Monopolkapital und die imperialistischen Besatzungsmächte hatten erkannt, daß es ihnen unmöglich war, die Macht des Imperialismus in ganz Deutschland wiederherzustellen. **Um die Herrschaft des Großkapitals wenigstens in einem Teil Deutschlands restaurieren zu können, betrieben sie die Spaltung Deutschlands, wobei die Verhinderung der Einheit der deutschen Gewerkschaften eine ganz entscheidende Voraussetzung war.** Nachdem es den imperialistischen Besatzungsmächten gelungen war, den Schwung in der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung der Westzonen abzubauen, bei wachsenden Teilen von ihr den festen Glauben an den Aufbau Deutschlands aus eigener Kraft zu erschüttern und durch eine Politik des Hungers ihre Widerstandskraft herabzusetzen, setzten sie den Marshall-Plan als Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele ein. Der Marshall-Plan festigte entscheidend den Einfluß der amerikanischen Monopole in der westdeut-

schen Wirtschaft, lähmte den Widerstand der Arbeiter gegen die restaurative Entwicklung und war auf die Erhaltung der Herrschaft des Monopolkapitals in den Westzonen gerichtet.

Führende Sozialdemokraten und auch Gewerkschafter in den Westzonen unterstützten diesen Kurs. So kam es zur Bildung des „Gewerkschaftsrates der vereinten Zonen“ am 6. November 1947 in Frankfurt am Main. Damit stellten sich die Gewerkschaftsführer der britischen und ameriaknischen Zone – denen sich die der französischen Zone im Dezember 1948 anschlossen – auf den Boden der **Bizone** und **Trizone** und damit der Vorbereitung eines westdeutschen Separatstaates. Das mußte notwendigerweise ein Abrücken von den mit ihrer Zustimmung gefaßten Beschlüssen der Interzonenkonferenzen zur Folge haben. **Der endgültige Abbruch der Interzonenkonferenzen im August 1948 durch Gewerkschaftsführer wie Fritz Tarnow, Willi Richter usw. war das Ergebnis eines auf die Verhinderung der Herstellung der gesamtdeutschen Gewerkschaftseinheit mit einem antifaschistisch-demokratischen Programm zielenden Prozesses.**

Bildung des Gewerkschaftsrats der vereinten Zonen

Vom 12.–14. Oktober 1949 fand in München der Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Damit wurden die bis dahin selbständigen Gewerkschaftsbünde der drei Westzonen: Deutscher Gewerkschaftsbund (britische Besatzungszone); Freier Gewerkschaftsbund Hessen, Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden, Bayerischer Gewerkschaftsbund (amerikanische Besatzungszone); Gewerkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern, Badischer Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz (französische Besatzungszone) zu einem Bund zusammengefaßt. Mit dieser Zusammenfassung, der Annahme eines Grundsatzprogramms und der Wahl eines Bundesvorstands trat die Gewerkschaftsbewegung im Westen in eine neue Phase ihrer Entwicklung ein. Mit der Gründung des DGB wurden Einheitsgewerkschaften für die Bundesrepublik geschaffen. Die vom Gründungskongreß angenommene Satzung des DGB entsprach zum großen Teil den Forderungen und antifaschistisch-demokratischen Stimmungen der Mitglieder. So verlangte der § 2 die „Bekämpfung von nationalistischen und militaristischen Einflüssen“, „Kampf für die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes“ und „Pflege des Geistes friedlicher Völkerverständigung“.

Gründung des DGB

Von besonderer Bedeutung war die Annahme der „Wirtschaftspolitischen Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes“.

Wenn auch die Gründung des DGB faktisch eine Anerkennung des westdeutschen Separatstaates und damit der Spaltung Deutschlands bedeutete, so war doch, alles in allem, die Gründung des DGB ein großer Erfolg der Arbeiterbewegung. Entsprechend dem Willen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik wurde nun auch hier eine Einheitsgewerkschaft geschaffen – im Gegensatz zu den Richtungsgewerkschaften in der Weimarer Republik.

VII. Weltkongreß der Komintern und Gewerkschaften

KPD arbeitet Erfahrungen der Weimarer Zeit auf

II. Welchen Beitrag leisteten die Kommunisten zur Entstehung der Einheitsgewerkschaft?

Der Kampf der Kommunisten um den Wiederaufbau der Gewerkschaften begann nach ihrer Zerschlagung 1933. Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der Lehren und Schlußfolgerungen aus den letzten Jahren der Weimarer Republik und dem Machtantritt des Faschismus für die internationale Arbeiterbewegung zog, beschäftigte sich auch gründlich mit der Gewerkschaftsbewegung und vor allem mit der Einheit der Gewerkschaftsbewegung. In der Resolution zum Bericht an den VII. Weltkongreß heißt es dazu: „Der Kongreß betont die besondere Wichtigkeit der Herstellung der Einheitsfront auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter und der Schaffung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung als überaus wichtige Etappe bei der Festigung der Einheitsfront des Proletariats und macht es den Kommunisten zur Pflicht, alle praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit der Gewerkschaften im Betriebs- und Landesmaßstab zu ergreifen. Die Kommunisten sind entschieden für die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaften in jedem Lande und im internationalen Maßstabe; für einheitliche Klassengewerkschaften als einen der wichtigsten Stützpunkte der Arbeiterklasse gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus; für eine einheitliche Gewerkschaft in jedem Produktionszweig; für einen einheitlichen Gewerkschaftsbund in jedem Lande; für einheitliche internationale Industrieverbände der Gewerkschaften; für eine einheitliche, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaftsinternationale“ (Zur Aktionseinheitspolitik der KPD 1919–1940, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt am Main 1976, S. 116).

Diese Feststellungen des VII. Weltkongresses waren vor allem für die deutschen Kommunisten von großer Bedeutung, die in der Vergangenheit gerade in der Gewerkschaftspolitik sektiererische Fehler gemacht hatten. Darüber haben wir im Heft 5 des vergangenen Bildungsjahres gesprochen. Auf der Brüsseler Konferenz vom 3. bis 15. Oktober 1935 hat die KPD die Erfahrungen der Gewerkschaftsarbeit in der Weimarer Zeit aufgearbeitet, sich mit Versäumnissen und Mängeln auseinandergesetzt und die entsprechenden Schlußfolgerungen für den Kampf in Deutschland gezogen. Auf dieser Tagung erklärte Wilhelm Pieck u. a.:

„Wir Kommunisten unterschreiben durchaus die Formulierung, die in dem Dortmunder Einheitsfrontabkommen enthalten ist, das zwischen der Unterbezirksleitung der KPD und der Kreisleitung der SPD abgeschlossen wurde. Es heißt dort: ‚Wir als Einheitsfrontkomitee zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften erklären, daß diese Gewerkschaften kein Anhängsel der Sozialdemokratischen oder der Kommunistischen Partei sind noch werden dürfen, daß sie aber auf dem Boden der proletarischen Demokratie die Kräfte der Arbeiterklasse in breitem Maße organisieren, zum Kampf gegen die wirtschaftliche und politische Versklavung der Arbeiter durch den Faschismus in Betrieb und Arbeitsfront, für die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage.‘ Wir Kommunisten sind also dagegen, daß die

wiederaufzubauenden Freien Gewerkschaften oder die zu ihrer Förderung zu schaffenden Einheitsfrontkomitees unter der Führung einer Partei stehen, und dafür, daß sie völlig selbständig die ihnen zustehenden Aufgaben zu lösen haben. Nur so werden sie die breitesten Schichten der Arbeiter erfassen.“ (Die Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, 3.-15. Oktober 1935, hrsg. von Klaus Mammach, Frankfurt am Main 1975, S. 101/102.)

Für die praktische Zusammenarbeit von kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Gewerkschaftern gibt es im Widerstand gegen den Faschismus zahllose Beispiele. Hier sei nur der „Monsterprozeß“ von Wuppertal erwähnt. Im Dezember 1935 begann einer der größten Massenprozesse gegen 628 Kommunisten, Sozialdemokraten, freie und christliche Gewerkschafter. Sie wurden in größeren Gruppen von etwa 80 Antifaschisten von den Landgerichten in Wuppertal-Elberfeld und Hamm zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie im Wuppertaler Gebiet die Freien Gewerkschaften wieder aufgebaut und im geschlossenen Widerstand sich gegen Lohnabbau, verschärfte Ausbeutung und erhöhte Zwangsabgabe gewehrt hatten. Die Gestapo hatte in diesem Zusammenhang seit Ende 1934 über 1100 „Verdächtige“ verhaftet. 27 Verhaftete sind bereits in der Voruntersuchung durch Mißhandlungen und Folterungen ermordet oder in den Selbstmord getrieben worden.

Als erste Partei legte die KPD in ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 die antiimperialistisch-demokratischen Ziele ihrer Politik dar. Es war ein Programm für die Aktionseinheit der KPD und SPD und für die Verständigung aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen. Seine grundlegende Orientierung lag auch den Richtlinien über den Aufbau der neuen Gewerkschaften, die das ZK der KPD ebenfalls im Juni 1945 beschloß, zugrunde. Dort heißt es: „...Die Stärkung der einheitlichen Freien Gewerkschaften ist von größter Bedeutung für die Einigung der Arbeiterklasse und für die Aktionseinheit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte... Die Freien Gewerkschaften werden aufgebaut auf der Grundlage des demokratischen Bestimmungsrechts der Mitglieder. Die Grundlage der Gewerkschaft ist die Gewerkschaftsorganisation im Betrieb. Mitglied kann jeder Arbeiter, jede Arbeiterin und Angestellte werden“ (zit. nach: Gewerkschaftlicher Neubeginn. Dokumente 1945/46, Berlin 1975, S. 1).

Das waren nicht nur Forderungen, die auf dem Papier standen, sondern diese Forderungen beruhten auf den Erfahrungen des gemeinsamen politischen Kampfes von Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären unterschiedlicher Weltanschauung und politischer Richtung. Gerade heute, wo es Mode geworden ist, bei der Entstehung der Einheitsgewerkschaft die Kommunisten gewissermaßen zu „vergessen“, muß immer wieder daran erinnert werden, wie bedeutsam die Arbeit von Kommunisten bei der Neugründung der Gewerkschaften vor und nach 1945 gewesen ist. Wir möchten uns hier auf einige Beispiele beschränken.

(Bei der Vorbereitung des Gruppenbildungsabends sollten wir uns darum bemühen, etwas über die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung, das Zusammenwirken von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen Gewerkschaftern am jeweiligen Ort in den Bildungsabend einzubringen.)

Gewerkschaftseinheit im Widerstand

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945

Zusammenarbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern in der Emigration

Das „Einheitskomitee für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften“, das 1935 durch die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in Dortmund geschaffen wurde, wurde bereits erwähnt. 1936 bildete sich in Amsterdam der „Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ unter dem gleichberechtigten Vorsitz des ehemaligen Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, Franz Vogt, SPD, und des Kommunisten Wilhelm Knöchel, der vor 1933 auf einer Dortmunder Zeche gearbeitet hatte. Dieser von der Bergarbeiter-Internationalen in London anerkannte Ausschuß verfügte über enge Verbindungen zu Vertrauensleuten auf vielen Schachtanlagen des Ruhrgebiets und der anderen Kohlereviere. Auch im Gelsenkirchener Raum wurden auf Initiative von Jarreck und Schiwon 1935/36 illegale Gewerkschaftsgruppen gegründet, die kommunistische, sozialdemokratische und christliche Arbeiter vereinten, aber auch Kontakte zu bürgerlichen Kreisen aufnahmen. Aus diesen illegalen Gruppen gingen im April 1945 die ersten Betriebsräte hervor, die sich nicht nur um die Neugründung der Gewerkschaft, sondern auch um die Wiederaufnahme der Förderung und der Versorgung der Menschen unermüdlich kümmerten. Ähnliche Initiativen mit den gleichen Zielen gab es auch im mittleren Ruhrgebiet in Bochum, wo die erste Beratung dieser Art auf der Zeche „Prinzregent“ stattfand. Der Kommunist Willi Agatz wurde 2. Vorsitzender der IG Bergbau und Energie.

Die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien

Über die „Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien“ berichtet Max Oppenheimer, heute Mitglied des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten: „Der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien gehörten ursprünglich nur Mitglieder des alten ADGB an. ... Kommunisten bzw. ehemalige Mitglieder der RGO waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Erst nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion wurden Kontaktgespräche zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geführt, die zu einer sukzessiven Aufnahme von früheren RGO-Mitgliedern in die Landesgruppe führten. Ab 1943 waren Kommunisten sowohl in den Reihen der Ortsgruppen... als auch im Arbeitsausschuß – der eine zentrale Leitungsfunktion hatte – vertreten. ... Die Landesgruppe vertrat, insbesondere nachdem die langwierigen Verhandlungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu einem positiven Ergebnis geführt hatten, die Auffassung, daß im Nachkriegsdeutschland nur eine Einheitsgewerkschaft die großen und wichtigen Aufgaben beim Aufbau eines demokratischen und friedliebenden Deutschland bewältigen kann. Unter Einheit verstand man sowohl das organisatorische Prinzip eines nach Industriezweigen gegliederten Aufbaus, als auch das Prinzip der politischen Einheit, d. h. die gemeinsame Mitgliedschaft von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen in einem Verband. Diese Auffassung findet sich in den zahlreichen Thesenpapieren, in den Programmvorstellungen und noch einmal ausführlich in der Abschlusßerklärung des Jahres 1945“ (Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Heft 5/81, S. 12).

Oder ein anderes Beispiel. Einer der Männer der ersten Stunde war Paul Harig, langjähriger Betriebsratsvorsitzender auf der Hasper Hütte, ab 1946 Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hagen und später DGB-Vorsitzender in Hagen und KPD-Abgeordneter im ersten Bundestag. In seinem Buch „Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunist“ („Nachrichten-Verlag“, Frankfurt am Main 1973) schrieb Paul Harig u. a.: „Auch in Hagen gingen wir – für die Besatzer illegal, für uns jedoch

völlig legal – an die Arbeit. Eduard Vieth, Ewald Auffenberg, Willi Bürger, Heinrich Treischel und Gustav Triebel trafen sich am 22. April 1945 und diskutierten über den Aufbau von Gewerkschaften. Es war für alle selbstverständlich, daß eine einheitliche Gewerkschaft, die große Sehnsucht aller Antifaschisten, gegründet werden müsse. Darauf zog man den Kreis größer, und es trafen sich am 28. April 1945 Gewerkschafter aller früheren Richtungen.

... Wir alle, kommunistische, sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftskollegen, handelten 1945 nach dem Wunsch, Gleichberechtigung und Demokratie für alle Vertreter politischer und weltanschaulicher Richtungen in den Gewerkschaften zu garantieren, sofern sie nur die Arbeiterinteressen als Richtschnur ihres Handelns betrachteten.“

In Baden-Württemberg war Hans Rueß Mitbegründer der Einheitsgewerkschaft. Sofort nach seiner Rückkehr aus Buchenwald stellte er sich dem demokratischen Neuaufbau zur Verfügung und gehörte später dem Geschäftsführenden Vorstand des DGB-Landesbezirks an.

Über die Anfänge gewerkschaftlicher Arbeit in Hessen hat Emil Carlebach berichtet: „Als wir im April/Mai/Juni 1945 wieder in unsere Heimatstadt Frankfurt zurückkehrten, nach langen Jahren in Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern oder Emigration, da gilt es, auf Trümmern wieder aufzubauen. Selbst das Haus der Gewerkschaften war zerstört. Für uns alle war selbstverständlich, daß die vor 1933 bestehende Zersplitterung nicht von neuem eintreten dürfe und erst recht nicht der Bruderzwist, der Sozialdemokraten und Kommunisten, ADGB und RGO sowie christliche Kollegen entzweit und im Endergebnis wehrlos gemacht hatte. Die Arbeitereinheit sollte gesichert und freie Einheitsgewerkschaften sollten geschaffen werden... Die kommunistischen Kollegen haben sich auch durch kränkende Diskriminierung nicht zur Abkehr von der Erkenntnis über die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft abbringen lassen. Manche wie Paul Krüger (ÖTV, Wiesbaden), Willi Wildgrube (Holz, Frankfurt), Eckart (Metall, Hanau), Schenck (Metall, Frankfurt) und Kindinger (Bau – Steine – Erden, Bensheim) wurden zu Sekretären gewählt. Ein Mann wie der hessische Arbeitsminister Oskar Müller hat sich größte Verdienste um die Verankerung des Freien Gewerkschaftsbundes in den Betrieben erworben. Und schließlich wurden 1946 durch die damals noch weiterbestehende Zusammenarbeit von SPD und KPD solche Prinzipien in die hessische Verfassung aufgenommen, wie das Verbot der Ausspernung, das Recht auf Arbeit, das volle paritätische Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte – Prinzipien, die heute noch zu dem Grundsatzprogramm des DGB gehören“ („UZ“ vom 12. Oktober 1979).

Diese Liste ließe sich fortsetzen. Sie zeigt eindringlich, daß die Kommunisten nach 1945 nicht nur von Gewerkschaftseinheit gesprochen, sondern dafür auch kräftig gearbeitet haben. Sie zeigen, daß kommunistische Gewerkschafter zur Traditionslinie der Einheitsgewerkschaften in unserem Land gehören. Wer das verschweigt oder gar bestreitet, der fälscht die Geschichte.

Zusammenarbeit von kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftern 1945

Anfänge der Gewerkschaftsarbeit in Hessen

III. Die Auseinandersetzungen um die Politik der Einheitsgewerkschaften in den ersten Jahren der Bundesrepublik

Mit der Gründung des DGB im Oktober 1949 wurde ein großes Ziel der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht: die Einheitsgewerkschaft. In der Satzung war der Bund als die „Zusammenfassung aller Gewerkschaften zu einer wirkungsvollen Einheit und Vertretung der gemeinsamen Interessen auf allen Gebieten, insbesondere der Wirtschaft-, Sozial- und Kulturpolitik“ bestimmt – zugleich wurde seine „Unabhängigkeit gegenüber den Religionen, Verwaltungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien“ festgehalten. **Bei aller positiven Einschätzung des Gründungskongresses wäre es natürlich falsch anzunehmen, daß mit der Gründung und Entwicklung des DGB die politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten und Betrachtungsweisen und die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Gewerkschafter, die unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Strömungen angehören, überwunden worden wären.** Das konnte selbstverständlich nicht der Fall sein. **Daraus ergibt sich, daß eine ständige innergewerkschaftliche Diskussion über die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderungen,** wie sie u. a. im Aktions- und Grundsatzprogramm formuliert waren, **stattgefunden hat und stattfindet.** Bei der Gründung des DGB waren sich die Gewerkschaften darin einig, daß die Wahrnehmung ihrer klassischen Schutzfunktionen nicht ausreichen würde, um die gegebene Situation der Not und des Mangels zu überwinden. Ebenso entschieden lehnten sie wirtschaftspolitische Konzeptionen ab, die sich auf die Förderung des „freien Spiels“ der Kräfte des kapitalistischen Marktes konzentrierten. Das Grundsatzprogramm forderte volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen; wirksame Mitbestimmung in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen; Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum; angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag.

Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß maßgebliche Kräfte in der Führung des DGB keinen entschiedenen Kampf für die Verwirklichung des beschlossenen Programms führten. Sie beharrten im Antikommunismus und waren mit allen Mitteln bestrebt, den Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften zurückzudrängen. Dabei schreckten sie auch vor dem Ausschluß von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Arbeitern aus den DGB-Gewerkschaften nicht zurück. Hans Böckler und andere Führer des DGB vertraten die Auffassung, daß es auf dem Boden der wiederhergestellten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik möglich sei, durch Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmern nicht nur soziale Reformen durchzusetzen, sondern auf diesem Wege allmählich auch die Ausbeutung zu beseitigen. Das war eine um so schwerwiegendere Fehleinschätzung, da die Zeit nach dem Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes durch die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen dem erstarkten Monopolkapital und der Arbeiterklasse der Bundesrepublik gekennzeichnet war. Das zeigte sich vor allem an den Auseinandersetzungen um die Montan-Mitbe-

oeb 50/51

stimmung, um die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und das Betriebsverfassungsgesetz.

Von Anbeginn stand der Deutsche Gewerkschaftsbund der Tatsache gegenüber, daß das Großkapital von 1945 bis 1949 seine politische und auch wirtschaftliche Macht, wenn auch teils noch eingeschränkt durch das Besatzungsstatut, erneuert hatte. Nunmehr verfügte es wieder über ein eigenes staatliches Gebäude. Vertreter der großen Banken und Konzerne besetzten die Schlüsselstellungen des Staates. Die Verquickung von Großkapital und Staat erfolgte aufs neue. Diese Entwicklung wurde durch die Wiedererrichtung von Unternehmerorganisationen und die Bildung von Wirtschaftsverwaltungen, in denen die Interessenvertreter des Konzernkapitals entscheidenden Einfluß ausübten, eingeleitet. Seit Herbst 1945 gestatteten die Militärregierungen der Westmächte die Wiedererrichtung von Industrie- und Handelskammern in ihrer alten Zusammensetzung. In den Vorständen übten Vertreter der Konzerne ihren beherrschenden Einfluß aus. Zum Beispiel Dr. Herbert Dicke (Deutsche Bank), Dr. Ernst Hilbert (Gutehoffnungshütte), Ludwig Kruse (Deutsche Bank), Wilhelm Unger (Hugo Stinnes GmbH) usw. So entstand erneut ein System von sogenannten Wirtschaftsvereinigungen. Diese setzten die Gepflogenheiten der im Reichsverband der Deutschen Industrie zusammengeschlossenen Unternehmerverbände aus der Weimarer Zeit fort. Sie torpedierten mit ihrer ganzen Macht alle Maßnahmen, die auf einen demokratischen Wirtschaftsaufbau in den westlichen Besatzungszonen hinzielten. Die gleichzeitige Wiedergründung sogenannter Arbeitgeberverbände führte bis 1947 – trotz der Proteste von seiten der Gewerkschaften – zur Bildung zentraler Arbeitsgemeinschaften, wie der „Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber in der britischen Zone“ mit dem Multimillionär Wilhelm Vorwerk an der Spitze. Wie langsam und behindert verlief demgegenüber die Entwicklung der Einheitsgewerkschaften in den Westzonen. So durfte erst im März 1946 in der britischen Zone eine Gewerkschaftskonferenz auf zentraler Ebene stattfinden. Erst im April 1947 durften sich die drei Landesgewerkschaftsorganisationen der britischen Zone vereinigen. Ähnlich war es in der US-Zone. Als im März 1946 in Bayern Gewerkschaften erst auf örtlicher Ebene genehmigt wurden, gab es dort bereits Lizenzen für 21 Unternehmerverbände auf Landesebene. Die reaktionären deutschen Kräfte hatten es in den westlichen Besatzungszonen – abgeschirmt und gefördert durch die Besatzungsbehörden – verstanden, sich neu zu sammeln, ihre gesellschaftlichen Positionen zu erhalten bzw. wieder aufzubauen und damit eine Vorentscheidung in der bei Kriegsende offenen Frage herbeizuführen, wer die politische Macht ausüben soll. Vor dieser Sachlage stand der DGB. Von Anfang an stand er den wiederhergestellten kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnissen gegenüber.

Eine erste Kostprobe dieser neuen Lage waren die Auseinandersetzungen um das Montanmitbestimmungsgesetz, das am 21. Mai 1951 in Kraft trat. Bei allen Mängeln, die ihm anhafteten, bestätigte es einen Teil der Rechte, die sich die Arbeiter nach 1945 erkämpft hatten.

In den politischen Auseinandersetzungen wird oft den Kommunisten vorgeworfen, daß damals die Fraktion der KPD im Bundestag sich bei der Abstimmung über das Mitbestimmungsgesetz der Stimme enthalten hätte. Damit hätte die KPD ihre gewerkschaftsfeindliche Haltung bekräftigt. Was ist dazu zu sagen? Die Fraktion der KPD hat sich nicht

Großkapital hatte von 1945 bis 1949 seine politische und wirtschaftliche Macht erneuert

DGB steht wiederhergestellter kapitalistischer Macht gegenüber

Die Haltung der Kommunisten zur Mitbestimmung 1951

der Stimme enthalten, weil sie gegen die Montanmitbestimmung war, sondern weil sie damit zum Ausdruck bringen wollte, daß die arbeitenden Menschen der Bundesrepublik weitergehende Rechte, ein volles Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten der Wirtschaft brauchten. So erklärte im Namen der Bundestagsfraktion der KPD Paul Harig: „Das Gesetz über das Mitbestimmungsrecht in der Kohle- und Stahlindustrie entspricht nicht dem Willen und der Forderung der Arbeiterschaft nach einem echten Mitbestimmungsrecht. Die Werktätigen wollen ein volles Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten der Wirtschaft zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes, ausreichende Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, für die Verhinderung der Rüstungsproduktion und der imperialistischen Kriegsvorbereitung... Die Kommunistische Partei Deutschlands wird mit der Arbeiterschaft den Kampf um das echte Mitbestimmungsrecht weiterführen“ (Deutscher Bundestag, 132. Sitzung, vom 10. April 1951, S. 5115). In der Debatte über das Gesetz erklärte der KPD-Abgeordnete Agatz: „Nach 1945 traten unsere Arbeiter und Angestellten ohne die Konzern- und Monopolherren auf den Plan. Sie bewiesen durch ihren Einsatz beim Wiederaufbau der zerstörten Betriebe, daß es auch ohne Konzernherren in der Wirtschaft geht, ja daß es sogar sehr gut ohne Konzernherren geht. Die Arbeiter und Angestellten vollbrachten große Leistungen, und die Betriebsräte führten damals diese Aktion des Wiederaufbaus ohne Konzernherren. Sie leiteten an, und sie sorgten dafür, daß die Betriebe in Ordnung gebracht und die Produktion wieder in Gang gesetzt wurde. Sie hatten damals tatsächliche und weitgehende Mitbestimmung. Von diesen damals erworbenen Positionen gibt es heute leider nur noch sehr wenige; denn es trat sehr bald die Reaktion auf den Plan. Sie wollte kein demokratisches Deutschland, sie wollte keine demokratisierte Wirtschaft. Dann schalteten sich die Besatzungsmächte ein. Sie sabotierten die mit demokratischen Mehrheiten in deutschen Parlamenten beschlossene Gesetze nach einer Überführung der Grundstoffindustrien in den Besitz des Volkes“ (Deutscher Bundestag, 126. Sitzung vom 14. März 1951, Stenographische Protokolle, S. 4457).

Gleichzeitig tat die Fraktion der KPD in der Diskussion des Mitbestimmungsrechtes alles, um für die Arbeiterklasse weitergehende Rechte in die Gesetzesformulierung einzubringen. **Insgesamt entsprach die Haltung der KPD-Fraktion im Bundestag den im DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das war keine Haltung gegen die Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, sondern ein Beitrag zum Kampf für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte.**

Nach diesem Teilerfolg der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften im Ringen um Mitbestimmung in der Montanindustrie galt es, solche Rechte in der gesamten Industrie durchzusetzen. Einer solchen Erweiterung wurde vom Monopolkapital der schärfste Kampf angedroht. Die Reaktion formierte sich weiter. Ihr Angriff fand seinen sichtbarsten Ausdruck im Betriebsverfassungsgesetz vom 19. Juli 1952. Gegenüber den bis dahin geltenden Betriebsräte- und Mitbestimmungsgesetzen war es ein scharfer, deutlicher Rückschritt, eben: reaktionär.

Die Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz 1952

In zahlreichen Städten und Industriegebieten kam es dagegen zu Demonstrationen und Warnstreiks. Zur Erreichung eines fortschrittlichen Betriebsverfassungsgesetzes führte die IG Druck und Papier am

27. und 28. Mai 1952 einen Streik in allen Zeitungsdruckereien durch, mit dem Ergebnis, daß am 28. und 29. Mai 1952 in der gesamten Bundesrepublik keine Tageszeitungen erschienen.

Obwohl die Arbeiter der Bundesrepublik in ihrer Mehrheit bereit waren, den Kampf gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz zu führen – insgesamt streikten und demonstrierten mehrere Millionen Arbeiter –, führte der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB diese Kraft nicht wirklich in den Kampf, um die Annahme des reaktionären Entwurfs zu verhindern. Die Mehrheit des Bundestages setzte sich rücksichtslos über den eindeutig erklärten Willen der Arbeiter und Gewerkschaften hinweg und verabschiedete am 11. Oktober 1952 endgültig das arbeiterfeindliche BVG. Die Abänderungsvorschläge des DGB wurden beiseite geschoben. „Man machte sich nicht einmal die Mühe, sich mit ihnen auseinanderzusetzen“, schrieb am 25. Juli 1952 die „Welt der Arbeit“.

In den Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung der Bundesrepublik warf der DGB ebenfalls nicht sein gesamtes Gewicht in die Auseinandersetzungen. Wir gehen darauf im 5. Bildungsheft ein. Große Teile der Arbeiterklasse der Bundesrepublik wandten sich entschieden gegen die Aufrüstung und die damit verbundene verschärfte Ausbeutung. Die Haltung der DGB-Führung war jedoch inkonsequent und widersprüchlich. Einerseits wurde vor Maßnahmen, „die dem Wiedererstehen des alten, uns in seinen verhängnisvollen Auswirkungen bekannten Militarismus dienen können, und vor jeder aggressiven Außenpolitik“ gewarnt, andererseits jedoch erklärt: „Die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages ist von den politischen Instanzen zu entscheiden“ (Die Quelle, 1952, Heft 2, S. 57).

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften über die Aufgabe der Gewerkschaften fanden ihren Niederschlag auf dem 2. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB vom 13. bis 17. Oktober 1952 in Westberlin. Im Ergebnis der heftigen Kritik gegen sein offenes Eintreten für einen „Verteidigungsbeitrag“ der Bundesrepublik mußte der erst im Juni 1951 auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB – nach dem Tode Hans Böcklers – zum Vorsitzenden gewählte Christian Fette gehen. Ebenso erging es den Mitgliedern des Geschäftsführenden Bundesvorstandes Erich Bührich und Hans vom Hoff, die offen für eine „Zusammenarbeit“ mit dem Monopolkapital waren. Die Mehrheit der Delegierten verpflichtete den Bundesvorstand, die „Bemühungen um eine fortschrittliche Regelung des Betriebsverfassungsrechts fortzusetzen“ (Protokoll, 2. Ordentlicher Bundeskongreß, S. 478).

Aber trotz all der in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen mit der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse in der Bundesrepublik und der arbeiterfeindlichen Politik der Adenauer-Regierung kam es auf diesem Bundeskongreß des DGB nicht zu konkreten Schlußfolgerungen für den weiteren Kampf der Einheitsgewerkschaften. Immer deutlicher zeichnete sich ab, daß in den Einheitsgewerkschaften keine einheitliche Politik betrieben wurde, sondern daß hart um die Orientierung der Gewerkschaften gerungen wurde. Und zwar zwischen den Kräften in den Gewerkschaften, die die Arbeiterklasse mit dem kapitalistischen System aussöhnen wollten, und den Kräften, die eine konsequente Politik der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterklasse vertraten. So zeigen schon die Auseinandersetzungen der

Die Auseinandersetzungen um die Remilitarisierung der Bundesrepublik

In der Einheitsgewerkschaft wird hart um die Orientierung der Gewerkschaften gerungen

ersten Jahre des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß allein die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung noch nicht die ganze Gewerkschaftseinheit ausmacht. Das Vermächtnis der Gründer der Einheitsgewerkschaft war, daß die Arbeiterklasse nicht bloß die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse braucht, sondern die Einheit der Gewerkschaften im Kampf gegen das Großkapital, gegen Krieg und Reaktion; daß die Arbeiterklasse die Einheitsgewerkschaft im Interesse und für die Interessen der Arbeiterklasse braucht.

Begriffs- und Worterklärungen:

Autonomie: wörtlich übersetzt: Eigengesetzlichkeit, Selbst-Gesetzgebung, Selbstbestimmung.

Berufsständische Organisationen: den Berufen nach gegliederte Organisationen.

Marshall-Plan: dieser nach dem damaligen amerikanischen Außenminister George C. Marshall benannte Plan sah vor, die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der im Kriege geschwächten Länder auszunutzen und durch Kredite und Warenlieferungen in wachsende ökonomische, politische und militärische Abhängigkeit von den USA zu bringen. Sie führten zur Belebung der Wirtschaft und beschleunigten in jenen Ländern, die sich wie die Bundesrepublik dem Marshall-Plan anschlossen, die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Restauration: Wiederherstellung.

Richtungsgewerkschaft: In der Weimarer Zeit hatten alle politischen Hauptströmungen eigene, mit ihnen verbundene Gewerkschaften. Das waren: bei der SPD die „Freien Gewerkschaften“, die im ADGB zusammengeschlossen waren. Beim Zentrum die „Christlichen Gewerkschaften“, die im DGB ihren Dachverband hatten. Bei den Demokraten die Hirschdunkerschen Gewerkschaften. Bei den Deutschnationalen die gelben Werksvereine. Bei den Nazis die NSPO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisationen). Neben dieser politischen Spaltung der Gewerkschaften waren sie auch noch in Standes- und Berufsverbände gegliedert. Sondergewerkschaften und Gewerkschaftsbünde für Angestellte und Beamte – mehrere Berufsgewerkschaften in einem Betrieb. Es war also keineswegs selbstverständlich, daß die KPD keine eigenen Gewerkschaften schuf, sondern sich für die Mitarbeit in sozialdemokratisch geführten ADGB-Gewerkschaften entschied. Zur RGO siehe die vorherigen Bildungshefte.

Traditionslinie: Unter Traditionslinie der Gewerkschaften verstehen wir die geschichtlichen Wurzeln und die Geschichte der Gewerkschaften.

Wirtschaftspolitische Grundsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1949)

Die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nehmen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Werktätigen wahr. Sie setzen sich für eine Wirtschaftsordnung ein, in der soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert wird. Die Wirtschaftspolitik ist eines der wichtigsten Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Sie ist zugleich ein Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, wieviel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfang sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden. Von diesen Tatsachen ausgehend, erheben die Gewerkschaften die folgenden Grundsatzforderungen:

1. Eine Volkswirtschaft, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert.
2. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.
3. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.
4. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alters, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlangt eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert.

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stolzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 51 3

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68